

Wenn Oppositionsfraktionen in der Haushaltsaufstellung für gesamtgesellschaftlich relevante Themen wie Klimagerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung, sowie die energetische und klimaresiliente Sanierung von Kreisliegenschaften und vor allem Schulen weit mehr Geld einfordern, als es die Haushaltslage zulässt, dann bedeutet das nicht, dass sie einfach nicht verstanden haben, wie ein Haushalt oder die Politik an sich funktioniert, sondern dass sie eine Analyse haben, noch dazu eine Haltung, und die Notwendigkeit sehen, grundsätzlich einen neuen politischen Weg einzuschlagen.

Wie bereits mehrfach in den Ausschüssen ausgeführt, haben wir als Klimaliste für einen Großteil unserer Änderungsanträge zum Haushalt den Weg einer klassischen Kritik eingeschlagen. Wir haben uns die Beschlüsse angesehen, die dieser Kreistag mehrheitlich gefasst hat und haben dann an den Haushalt die Frage gestellt, ob sich die Beschlüsse mit dem eingeplanten Geld auch umsetzen lassen. Wir beziehen uns also zunächst nur auf Beschlusslagen, die schon bestehen. In der Sache sollte also keine Uneinigkeit bestehen.

Wenn Klimaschutz zur Chefsache gemacht wird und beschlossen wird, dass die Anstrengungen im Klimaschutz verstärkt werden und Maßnahmen effektiv und messbar sein sollen, dann steht die Verwaltung vor großen Aufgaben. Tatsächlich sind die Aufgaben viel größer als die bisher in diesem Bereich unternommenen Anstrengungen, da die bisherige Emissionsbilanz keineswegs den erwünschten Minderungspfad zeigt. Verstärkte Anstrengung heißt übersetzt nichts anderes als mehr Mitarbeiter*innen darauf zu fokussieren, die Beschlusslagen effektiv und messbar umzusetzen. Die Minderausgaben für Mitarbeiter*innen im Vergleich zum Vorjahr konnten letztlich nicht erklärt werden. Was einzig und allein bleibt, ist die Ansage: Wir werden das mit unserem Mitarbeiter*innenstamm und den internen Umstrukturierungen schaffen ohne mehr Geld auszugeben.

Ok, Ansagen verdienen erstmal Respekt, vielleicht auch Vorschussvertrauen... Gegeben... Aber eins ist klar, bei uns ist der Name Programm: Und nicht nur in Sachen Klima werden wir weiter scharf, analytisch und zahlenbasiert nachfragen und Leistung einfordern. Auch stehen wir gerne mit Expertise und einem Strauß effektiver, messbarer Maßnahmen bereit, die nur darauf warten, umgesetzt zu werden.

Was wir explizit begrüßen, ist der vom Landkreis eingeschlagene Weg für die Erfüllung von Aufgaben, die auf kommunaler Ebene erledigt werden müssen, vom Bund Gelder einzuwerben. Wir beziehen uns hier auf das NKI-Programm, für das sich in Bezug auf einen neuen Masterplan beworben wurde. Das ist eine richtig gute Chance, eine starke Verwaltung in Sachen Klimaschutz aufzubauen, also vorausgesetzt es klappt dann mit der Förderung. Uns fehlt da halt das mehrgleisige, fokussierte und zahlenbasierte Vorgehen. (Kurz gesagt: Es braucht erstmal kein NKI-Programm, um sich den beschlossenen Herausforderungen zu stellen und es braucht mehr Arbeitsstunden in der Verwaltung, um die Förderlandschaft von Land, Bund und EU effektiv zu nutzen.)

Wir sehen das so und wollen die Debatte somit in folgende Richtung öffnen:

Klimaschutz, Klimafolgenanpassung, aber natürlich auch soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung, sind per se gesamtgesellschaftliche Aufgaben, bei denen es darum geht, eine

Perspektive auf etwas, das sich im Positiven noch „Zukunft“ nennen lässt, zu erhalten. Anders gesagt: Ein unvorbereitetes Eintreten in den beschleunigten Klimawandel mit einer ungeeigneten fossilen Infrastruktur in einer Gesellschaft, die gespalten ist und mit ungleichen Voraussetzungen und einer extremen Arm-Reich-Schere kämpft, ist eine Dystopie, die sich bereits verwirklicht, außer es beginnt eine tatsächliche Zeitenwende. Eine Zeitenwende, die nicht vom Kanzler postuliert wird, sondern die von den untersten Verwaltungseinheiten in Kommunen und Landkreisen eingefordert wird, damit sie Zukunft gestalten können.

Was hieße das nun aber konkret?

In unseren Änderungsanträgen haben wir Mehrausgaben gefordert, um eine Reihe von Aufgaben, die sich ganz konkret im Zuständigkeitsbereich des Landkreises befinden, auch meistern zu können. 1,5 Millionen mehr für die energetische Sanierung von kreiseigenen Liegenschaften, damit Wärmepumpen und Brauchwasseranlagen schnell Realität werden können und ganz messbar Ressourcen gespart und Emissionen verringert werden. Eine Million, um die konkrete Bedrohung vor Armut für Menschen hier im Landkreis zu mildern, weil der Bund mit den Zuweisungen, die der Landkreis dann weitergibt, unzureichend finanziert. Mehrausgaben, um Schulen schnell an die Folgen des Klimawandels zukunftsweisend anzupassen. Mehrausgaben, um die Istanbul-Konvention, der wir verpflichtet sind, zumindest im Ansatz zu erfüllen. Mehrausgaben für Arbeitsstunden in der Verwaltung und den Einkauf externer Expertise, um die Umsetzung von Klimazielen effektiv voranzutreiben und nach weiteren Förderungsmöglichkeiten zu suchen.

Die Reaktion der Regierung dazu war absehbar und manifestiert somit auch das Festhalten an einem absehbar dystopischen Weg im Umgang mit öffentlicher Infrastruktur. Kopfschüttelnd und im Glauben, die letzte Wahrheit erkannt zu haben, wird festgestellt: Was ein Haushalt an zufließenden Mitteln nicht hat, kann er sich auch nicht wünschen zu verausgaben. Es ist gefährlich, Rücklagen anzutasten, und Schuldenaufnahme belastet folgende Generationen.

So ist eine unbewegliche Situation geschaffen, in der es nur gegenseitiges Unverständnis gibt und die Dinge unhinterfragt so bleiben, wie sie sind, und die Hoffnung beschworen wird, dass es ja so schlimm nicht werden wird und die Herausforderungen von früher ja auch genauso gemeistert wurden.

Da diese Situation und die zugrunde liegenden Annahmen aber fatal sind und an der Realität des Zustands von Klima, Gesellschaft und öffentlicher Infrastruktur vorbei gehen, möchten wir hier folgendes Handlungsmuster vorschlagen, um gemeinsam weiterzugehen:

Die Regierung des Landkreises (und das kann auch als generelles Bild dienen) erkennt an, dass es drastische Mehrausgaben braucht, um sich auf lokaler Ebene sozialgerecht den Herausforderungen der Klimakatastrophe zu stellen und klimagerechte und sozialgerechte Infrastrukturen in kürzester Zeit zu schaffen, um erheblichen Schaden von der Gesellschaft und kommenden Generationen abzuwenden.

Auf Basis dieser Erkenntnis können sich breite parlamentarische Arbeitsgruppen im Zuschnitt der Ausschüsse damit beschäftigen, welche Maßnahmen und Ausgaben es bräuchte, um innerhalb eines Jahrzehnts sozial- und klimagerecht zu werden. Hierfür wird es externe wissenschaftliche

und fachliche Expertise brauchen, die sich aber bereits im Landkreis und der mittelhessischen Region befindet.

So wird letztlich eine wissenschaftlich und fachlich gut beratene gesamtgesellschaftliche und lösungsorientierte Debatte im kleinen Maßstab eines repräsentativen Landkreises geführt. An deren Ende wird eine wahrscheinlich sehr hohe, aber auch sehr realistische Summe stehen, mit der zumindest in einem ersten Ansatz sozial- und klimagerechte Infrastrukturen geschaffen werden können, mit denen sich ein positiver Blick in die Zukunft aufrecht erhalten lässt.

Damit täten wir nichts Utopisches, sondern lediglich das, was uns letztlich durch UN, EU und Bund aufgetragen wird, nämlich die lokale Umsetzung des Pariser Abkommens und der Social Development Goals.

Wenn wir wissen, was wir brauchen, um handlungsfähig zu werden, dann können wir auch genau das von denen fordern, die es uns auftragen, und diese sind wiederum dazu in der Lage, dieses Geld entstehen zu lassen und umzuverteilen.

Im Gegensatz zu den Kippunkten der Klimakatastrophe handelt es sich ja nicht um Naturgesetze, an denen wir scheitern, sondern es geht um politische Entscheidungen und das Setzen von Prioritäten. Geld ist vorhanden, es entsteht sogar dadurch, dass Schulden gemacht werden, denn es ist ein gesamtgesellschaftliches Versprechen, dass es weiter geht.

Es macht einfach einen riesigen Unterschied, ob sich eine Gesellschaft ernsthaft mit ihren Problemen auf der kommunalen Ebene, dort wo die Menschen leben, arbeiten und aktiv sind, beschäftigt und die richtigen Fragen stellt, oder ob sie passiv darauf wartet, dass andere die Probleme für sie löst.

Wir wären gerne Teil einer aktiven, wissenschaftsbasierten Lösung, die nach neuen Wegen sucht anstatt sich weiter auf ausgetretenen Wegen zu verirren.

Aus genannten Gründen und der Basta-Haltung gegenüber einer extrem engagierten Opposition und ihren Änderungsanträgen können wir dem Haushaltsentwurf nicht zustimmen.

Ein neues Handlungsmuster für die Erstellung zeitgemäßer Haushalte haben wir auch angerissen.

Unsere Bereitschaft, aktiv und zielgerichtet mitzuarbeiten, ist gegeben.

Doch im Moment bleibt uns nichts anderes als abzuwarten und zu beobachten, ob der Plan der Regierung, mit weniger Ausgaben mehr zu erreichen, aufgehen wird und diesen Prozess kritisch zu begleiten.

